No. 39. Winnipeg, Man., Donnerstag, den 30. September 1909. Sechster Jahrgang.

Die „Germania" ist eine der verbreitetsten Zeitungen in Manitoba, Saskatchewan und Alberta und sichert Anzeigern den größten Erfolg. Der Abonnementspreis beträgt nur $1.00 pro Jahr im Voraus.

Die „Germania" erscheint jeden Donnerstag in der Office Ecke McDermot & Albert Str. (Telegram Gebäude).

Bestellungen und Mitteilungen freundlichst erbeten an

Germania Publ. Co., Limited.
Winnipeg, Man.
Telephon 4749. P.O. Box 2757.

Germania

Provincial Library

The "GERMANIA" has a large Circulation in Manitoba, Saskatchewan and Alberta and is the best Medium for Advertising

The "GERMANIA" is published every Thursday at the Office Cor. McDermot Ave. & Albert St. Telegram Building

Subscription $1.00 per annum

ADVERTISING RATES will be given on Application.

Germania Publ. Co., Limited.
Winnipeg, Man.
Telephone 4749. P.O. Box 2757.

Fortschritt des Westens.

Obwohl noch nicht feststeht, welche Schätzung der Ernte die absolut korrekte ist, so ist soviel völlig sicher, daß sie die größte ist, die je in den Prärieprovinzen gewachsen; ob sie schließlich einige wenige Millionen Buschel höher oder niedriger ist, macht bei den großen Zahlen wenig aus. Die Ernte bringt bei den relativ guten Preisen des Weizens viel Geld unter die Farmer und die natürliche Folge ist, daß dadurch von neuem viele angelockt werden, ihr Glück auf den Prärien des Westens zu versuchen. Besonders die Einwanderung aus den Vereinigten Staaten, welche in diesem Jahre bereits sehr erheblich war, wird dadurch eine neue Anregung erfahren. Man nimmt jetzt bereits an, daß die Zahl amerikanischer Einwanderer im nächsten Jahre nicht weit unter 115,000 zurückbleiben wird. Hierzu tragen vor allem auch die vielen amerikanischen Landgesellschaften bei, welche über große Flächen Landes in Westkanada verfügen und welche die gute hiesige Ernte in Verbindung mit den relativ niedrigen Landpreisen den amerikanischen Farmern genügend vor Augen bringen werden, um dieselben zu veranlassen, hier Land zu kaufen. Wenn man bedenkt, daß eine gute Farm in Iowa, von wo letzthin viele Farmer kamen, von $100 bis $125 per Acker wert ist, so kann es nicht wunder nehmen, daß diese Farmer vorziehen, hier eine Farm zu $20 bis $25 per Acker zu kaufen und größere Erträge zu ernten.

Die Firma Robins Limited in Toronto will ihrerseits deutsche und englische Farmer im nächsten Jahr hier ansiedeln. Sie ist durch deutsche und englische Kapitalisten gestützt und will 500,000 Acker an der Linie der Grand Trunk Pacific-Bahn erwerben. Diese sollen in Farmen eingeteilt und Häuser errichtet werden. Durch ihre Agenten werden Ansiedler hergebracht, welche für das Land und die Häuser mit einem Prozentsatz der Ernten einer Reihe von Jahren zahlen sollen. Die Gesellschaft hat ein Bureau in Berlin eröffnet, durch welches Reichsdeutsche und Oesterreicher veranlaßt werden sollen, sich auf den Ländereien der Gesellschaft anzusiedeln. Herr Dr. Reitzer, Sekretär der deutsch-kanadischen volkswirtschaftlichen Vereinigung zu Berlin, weilt zur Zeit in Winnipeg und wird die Ländereien der Gesellschaft besichtigen und dann in Deutschland über die Aussichten für Farmer auf den Ländereien der Gesellschaft berichten. Es ist der erste Versuch, direkt in Deutschland für Ansiedelung in Kanada Propaganda zu machen.

Der soeben veröffentlichte Jahresbericht des Ministeriums des Innern zu Ottawa über das Fiskaljahr 1908—09 zeigt ferner, wie schnell das noch unbebaute Land aufgenommen wird. Die Zahl der Heimstätteneintragungen in diesem Jahr betrugen 39,081, was 6,252,960 Acker bedeutet; im Jahr zuvor waren 30,421 Heimstätten, 4,867,840 Acker umfassend, aufgenommen worden. Nur im Jahre 1906 ist bisher die Zahl der Heimstatteneintragungen eine größere gewesen, wo sie 41,869 betrug. Der Verkauf von Eisenbahn- und Hudsons Bay Co.-Land ging dagegen zurück, er betrug nur 109,373 Acker, die 81,271,885 einbrachten.

Die Zahl der Einwanderer im verflossenen Fiskaljahr war nach dem Bericht 146,908, von denen 52,901 von Großbritannien und Irland kamen; 34,175 von andern Staaten Europas und 59,832 von den Vereinigten Staaten.

Die Gesamteinwanderung seit 1896—97 beträgt 1,366,650. Der Bericht legt großes Gewicht auf die Tatsache, daß fast die Hälfte der männlichen Einwanderer des vergangenen Jahres aus Farmern und Farmarbeitern bestand. Während des Jahres wurden 3803 Einwanderer zurückgewiesen und 1748 deportiert.

Zu der Zahl der Einwanderer, die nach dem Westen ziehen, sind aber noch die vielen Tausende zu rechnen, welche aus anderen Provinzen Kanadas dorthin ziehen, erst dann erhält man ein richtiges Bild von der Völkerwanderung, die in dem Westen stattfindet. Kein Wunder, daß trotz des Baues von hunderten von Meilen Eisenbahnstrecken per Jahr die Bahnen mit der Entwicklung des Landes nicht Schritt zu halten vermögen.

Port Arthurs Zukunft.

Die äußerst günstige Lage Port Arthurs ist seit längerer Zeit bereits in Kanada gewürdigt worden. Es ist Endstation am Lake Superior und hat bisher durch die großen Elevatoren der C. N. R. sich hauptsächlich einen Namen gemacht.

Der große Erzreichtum in der Nähe führte in früherer Zeit bereits zu dem Glauben, daß Port Arthur als Industriestadt eine große Zukunft haben würde. Diese Hoffnungen wurden jedoch sehr enttauscht, als Abgesandte des amerikanischen Stahltrusts die Eisenerze untersuchten und behaupteten, daß dieselben sich nicht mit Profit ausbeuten ließen.

Die Canadian Northern-Bahn oder vielmehr deren Besitzer hatten mehr Vertrauen. Sie erwarben vor drei Jahren die Atikokan-Minen und jetzt haben sie bekannt gegeben, daß ihre Versuche mit einem neuen Reduktionsverfahren der Schwefeleisenerze, welche sich über die letzten drei Jahre erstreckten, ergeben, daß hochgradiges Eisen und Stahl zu denselben Preisen dort geliefert werden könnte, wie irgendwo anders. Die Eisengruben in der Nachbarschaft sind aber fast unerschöpflich und es ist daher klar, daß die Eisenindustrie dort einen gewaltigen Aufschwung nehmen wird.

Durch den Kontrakt, den die Stadt Port Arthur vor kurzem mit der Regierungskommission der Provinz abgeschlossen, erhält sie elektrische Energie zu $17 bis $14 per Pferdekraft per Jahr geliefert. Dies ist ein überaus billiger Preis, der in Verbindung mit der Eisenindustrie Veranlassung werden wird, daß alle Arten von Industrieen, wie Farmgeräte-Maschinen, Drahtfabriken usw. dort entstehen werden. Hierzu kommen dann noch all die verschiedenen Nebenindustrieen, die damit im Zusammenhang stehen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Port Arthur in den nächsten Jahren ein größeres Wachstum aufweisen wird, als irgend eine andere Stadt Kanadas.

Northcliffe heut weiter.

Lord Northcliffe, Besitzer des Sensationsblattes „Daily Mail" und vieler anderer Zeitungen, findet es seit einiger Zeit für angebracht, auf amerikanischem Boden gegen Deutschland zu hetzen. Während er erst von der feindlichen Stimmung in Deutschland sprach, hat er plötzlich den Spieß umgedreht. Wir haben es bisher nicht für nötig gehalten, auf die Aeußerungen des „gelben" Zeitungsbesitzers einzugehen. Er hatte seiner Zeit während der Flottendebatte in England in der „Daily Mail" die schauerlichsten Geschichten über Spionage usw. berichtet und als er dann nach Deutschland reiste und sah, wie man sich dort über die englische unbegründete Angst lustig machte, telegraphierte er von dort, derartige Artikel fortzulassen, weil sie England im Ausland lächerlich machten. Es war deshalb nicht nötig, auf die Radmontaden des Herrn einzugehen. Jetzt hat der Herr in Chicago eine Rede gehalten, in welcher er behauptete, daß die Völker Englands und Deutschlands friedfertig gesinnt seien, daß aber Deutschlands Regierung im Geheimen zum Kriege rüste. Dieser Unsinn braucht keine Widerlegung. Wenn jedoch Herr Northcliffe behauptet, daß Preußen im Jahre 1870 Krieg angefangen, obwohl niemand an Krieg geglaubt, so muß dies widerlegt werden, weil es hierzulande zu wenige giebt, die mit der Geschichte jener Zeit vertraut sind. Frankreich rüstete seit dem Jahre 1866 zum Krieg. Die französische Bevölkerung wünschte „Rache für Sadowa". Im Jahre 1870 schloß Napoleon der Dritte einen Vertrag mit Oesterreich, wonach letzteres sich verpflichtete, Frankreich im Kriege gegen Preußen beizustehen, doch hatte Oesterreich erklärt, nicht vor dem Herbst bereit zu sein. Der Krieg war also von französischer Seite beschlossen und Bismarck wartete nicht so lange, bis die Gegner ihre Rüstungen vollendet, dadurch bewirkend, daß Oesterreich überhaupt nicht in den Kampf eingriff. Im Jahre 1867 dagegen, als das Militär einen Krieg gern gesehen hätte wegen der Luxemburg-Frage, war es Bismarck, der durch sein Nachgeben den Frieden bewahrte. Dasselbe ereignete sich im Jahre 1875. Bismarck vermied jeden Krieg, der zu vermeiden war. Dieselbe Haltung hat Deutschland heute. Es wird nur zu den Waffen greifen, wenn es dazu gezwungen wird.

Verbesserte Getreideinspektion.

Eine für die Farmer äußerst wichtige Maßregel wurde am Montag in Winnipeg eingeführt. Die Manitoba Getreidebesitzervereinigung hat an diesem Tage damit begonnen, jeden Waggon Weizen, der Winnipeg passiert, zu prüfen und zu gradieren.

Wenn man bedenkt, daß für $18—$20,000,000 Weizen, der von den Farmern versandt ist, Winnipeg dieses Jahr erreichen wird, so kann man sich ungefähr ein Bild von der Ausdehnung und Bedeutung der Arbeit machen. Es bedeutet, daß Mitglieder der Getreidebauervereinigung Tag und Nacht in den Güteranlagen der C. P. R. und C. N. R. das Jahr hindurch anwesend sein werden.

Die Arbeit begann, wie erwähnt, am Montag. Der Plan selbst wurde in Ottawa vergangenen April ausgearbeitet, als die Exekutive der Vereinigung ein Interview mit Minister Cartwright hatte über die Berücksichtigung der Elevatoren. Zu dieser Zeit fragten sie um Erlaubnis, den Weizen der Farmer prüfen und gradieren zu dürfen, unabhängig von der Regierungsinspektion. Dies Recht wurde sofort bewilligt, falls die Vereinigung ein praktisches System ausarbeiten könne. Dies wurde getan und es ist jetzt eingeführt.

„Unser neues System erwuchs aus unserm Bestreben, vollen Wert für unser Getreide zu erhalten", sagte ein Mitglied der Exekutive der Vereinigung. „Wir glaubten, daß selbst bei ansichtiger Regierungsinspektion Fehler gemacht werden könnten, welche, obwohl individuell gering, zusammen einen großen Verlust für die Farmer bedeuten würde. In Minneapolis und Duluth haben die Handelskammern ein vollständiges System der Prüfung des Weizens, das unabhängig und getrennt von der Staatsinspektion ist.

„Wir prüften diese Systeme und fanden, daß sie sehr zufriedenstellend waren und wertvollen Schutz für die Interessen der Farmer bedeuteten. Wir fanden darauf nach Duluth und Mr. Pugh, Vorstand des Weizenprüfungsbureaus, kam hierher. Er besah sich die hiesigen Verhältnisse und kam zu der Ansicht, daß er ein ähnliches System wie in Duluth in Winnipeg zeitig genug für die diesjährige Ernte einrichten könne. Der Vorstand der Getreidebörse billigte das System jedoch nicht und meinte, daß es zur Zeit unnötig wäre.

„Unser Hauptbindernis waren jedoch die Eisenbahnen, welche sich absolut weigerten, eine „unnütze Neuerung" auf ihren Geleisen zuzulassen. Es wurden jedoch verschiedene Konferenzen mit den Bahnbeamten und mit David Horn, dem Hauptweizeninspektor abgehalten. Schließlich kam man überein, daß der Vereinigung erlaubt sein soll, die Güterbahnanlagen zu betreten und jedem Waggon Proben zu entnehmen gleichzeitig mit den Regierungsinspektoren.

„Wir schicken dann die Proben, welche von unseren eigenen Inspektoren entnommen sind, in unsern Gradierungsraum, Main Str. 445, wo ein Sachverständiger jede Probe gradiert. Wir können so die Gradierungszertifikate der Regierung überwachen und dem Farmer eine doppelte Sicherheit geben, daß er den höchsten erreichbaren Grad für seinen Weizen erhält."

Auch dieses neue Unternehmen der Getreidebauer-Vereinigung zeigt wieder, von welchem Vorteil der Zusammenschluß für die Farmer ist. Der einzelne Farmer kann nichts tun, um seine Lage zu bessern. Vereint dagegen können die Farmer vieles erreichen, was dazu beiträgt, ihren berechtigten Beschwerden Gehör zu verschaffen und eine Besserung herbeizuführen.

Wahlen in Britisch Kolumbien?

Premier McBride kündigte an, daß im Fall eine Einigung mit der Canadian Northern Bahn über Bau ihrer Hauptlinie durch die Provinz vor Ende des Jahres zustandekäme, die Legislatur aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden würden.

Neues aus Oesterreich.

Kossuth bildet Ministerium.

Dienstag wurde die Resignation des gesamten Kabinets Wekerle offiziell bekannt gegeben. Franz Kossuth, Sohn des bekannten ungarischen Staatsmannes, hat es übernommen, ein neues Kabinet zu bilden. Die Resignation Wekerle's ist auf Differenzen mit Kossuth zurückzuführen.

Spion verhaftet.

Aufsehen erregt die aus Laibach, der Hauptstadt von Krain, gemeldete Verhaftung des ehemaligen Offiziers Paul Barthmann, der in den letzten Jahren häufig von sich hat reden machen. Barthmann ist mehrfach wegen Spionage verurteilt worden und hat schwere Strafen abbüßen müssen. Auch diesmal liegt gegen ihn die gleiche Anklage vor. Als Bartomann in Haft genommen war, wurden Photographien von Forts in seinem Besitze gefunden; angeblich sind die Bilder für ein Werk des amerikanischen Kriegsdepartements bestimmt, welches die Anlegung von Forts am Panamakanal vorbereitet.

Mährische Taktlosigkeit.

Im mährischen Landtag sind gegen den Deutschen Kaiser absprechende Bemerkungen geäußert worden, welche mit Rücksicht auf das bestehende enge Bündnisverhältnis in Wiener maßgebenden Kreisen auf das peinlichste berührt haben, wenngleich sie auf der Stelle mit größter Entschiedenheit zurückgewiesen worden sind. Wie aus Brünn gemeldet wird, erging sich der sozialdemokratische Abgeordnete Reichstädter in einen Angriff auf Kaiser Wilhelm, weil der Monarch es abgelehnt habe, sich gelegentlich seiner kürzlichen Teilnahme an den österreich-ungarischen Kaisermanövern in Großmeseritsch in tschechischer Sprache begrüßen zu lassen.

Sowohl der Landeshauptmann von Mähren, Graf Seremi v. Kis-Seremi, wie der Statthalter, Dr. Freiherr Heinold v. Udynski, haben unverweilt Veranlassung genommen, dem Landtage gegenüber ihr tiefstes Bedauern zum Ausdruck zu bringen, daß solche unverantwortlichen Worte gegen den erprobten Verbündeten der Doppelmonarchie und treuen Freund des Kaisers Franz Joseph gefallen sind.

Von dem Nordpolstreit.

Die Brooklyner „Standard Union", welche von Herbert L. Bridgeman, einem engen Freunde Pearys, herausgegeben wird, hat gegen Dr. Frederick Cook, oder vielmehr gegen den „New York Herald", welcher die autorisierte Geschichte von Cook's Nordpolreise veröffentlicht hat, die Beschuldigung erhoben, daß die in Verbindung damit publizierten Photographien, zum Teil wenigstens, schon vor acht Jahren aufgenommen worden seien. Das Blatt behauptet in seinem editoriellen Teile, speziell die Photographie eines Eisberges sei im Juli 1901 in der Melville-Bai aufgenommen worden.

Zeitungsberichterstatter stürzten sofort zu Dr. Cook, um ihn über diese Sache auszufragen, und da hörten sie zu ihrer nicht geringen Verwunderung, daß es sich wirklich so verhielt. Allerdings behauptete der Forscher, daß er das Bild seinerzeit persönlich mit seinem eigenen Apparat aufgenommen und nicht, wie die Brooklyner Zeitung behauptet, Herbert Berri entwendet habe, der damals mit seinem Freunde L. C. Stone sich bei der Peary'schen Hilfsexpedition aufgehalten habe, welche unter Befehl von Herbert L. Bridgeman stand und an der Dr. Cook als Arzt teilgenommen hat. Es sei wohl möglich, daß sie beide den fraglichen Eisberg vom gleichen Standpunkte aus photographiert hätten.

Weder er (Cook) noch der „New York Herald" hätten behauptet, daß die reproduzierten Bilder sämtlich von der letzten Expedition herrührten. Sie hätten den Reisebericht illustrieren wollen und zu diesem Zweck hätte sich die angezweifelte Photographie ebenso gut geeignet wie irgend eine andre. Ein vorwitziger Reporter war da sofort mit der Frage bei der Hand, ob die veröffentlichten Nordpolbilder auch schon aus dem Jahre 1901 stammten. Cook lächelte jedoch und versicherte ihm, daß diese Photographien wirklich am Nordpol hergestellt seien.

Der Arbeiterkongreß zu Quebec.

Der Kongreß der Arbeiterkammern Kanadas hat sich vertagt und Fort William für den Sitz der Zusammenkunft im nächsten Jahr gewählt. Wir berichteten in der Vornummer über die ersten Verhandlungen, in denen internationale Organisation und die Einwanderungspolitik besprochen wurden.

Die Frage der orientalischen Einwanderung nahm einen größeren Teil der Beratungen in Anspruch. Die Delegaten von Britisch Kolumbien berichteten, daß seit dem sogenannten neuen Abkommen mit Japan dreimal soviel Japaner wie zuvor nach Britisch Kolumbien kämen. Ganze Industrieen wären jetzt völlig mit Japanern besetzt und die weißen Arbeiter verdrängt. Nur an zwei Punkten der außerordentlich langen Küste bestande eine Ueberwachung der Einwanderung und es wäre stets etwas Leichtes für die Japaner, an zwischenliegenden Punkten unkontrolliert zu landen. Die Exekutive wünschte genauere Zahlen über die japanische Einwanderung zu erhalten, um sie der Dominion-Regierung vorlegen zu können, doch hierzu waren die Delegaten nicht in der Lage.

Viel Kritik wurde mit Recht an dem sogenannten Alien Laborgesetz geübt, das als eine Farce bezeichnet wurde. Wenn es sich darum handele, einen unbequemen Arbeiterführer auszuweisen, dann würde das Gesetz angewandt von der Dominion-Regierung. Wenn die Arbeiter aber verlangten, daß Streikbrecher verhindert würden, das Land zu betreten, dann zeige sich stets, daß das Gesetz versage. Der Kongreß sprach sich daher dafür aus, daß das Gesetz abgeschafft würde.

Einen etwas merkwürdigen Eindruck machte der Beschluß, „zu hoffen, daß die Fabrikantenvereinigung etwas mehr gesunden Menschenverstand annehmen möge." Die Fabrikantenvereinigung ist eine Korporation, die nur ihre eigenen Interessen wahrzunehmen sucht und die daher nicht für ihre Beschlüsse zu tadeln ist. Glauben die Arbeiter Grund zu haben, daß sie einen unrechtmäßigen Einfluß auf die Dominion-Regierung ausübt oder daß letztere Wünsche bewilligt, die gegen das Interesse der Arbeiter sind, so ist die Dominion-Regierung und nicht die Fabrikantenvereinigung die Stelle, an welche Beschwerden zu richten sind oder welche getadelt werden sollte. Im Zusammenhang mit dieser Diskussion stand auch der Beschluß, die Dominion-Regierung aufzufordern, den Leutnant Gouverneur Gibson von Ontario abzusetzen. Der Leutnant-Gouverneur einer Provinz ist somit nur eine Art Paradefigur. Er hat seinen Namen unter die von der Legislatur angenommenen Gesetze zu setzen und gesellschaftlich zu repräsentiren. Politisch einzugreifen hat er nicht; könnte es in vielen Fällen auch nicht, da eine Reihe der im Amte befindlichen Provinzregierungen nicht zur selben Partei, wie die die Gouverneure ernennende Ottawaregierung gehört. Trotzdem hat Gouverneur Gibson auf der Konferenz der Fabrikantenvereinigung eine Rede gehalten, in welcher er sich in der schärfsten Weise gegen die Unions und deren Verbindung mit amerikanischen Organisationen aussprach. Dies war um so weniger am Platz, als Gibson selbst ein bedeutender Fabrikant ist und sich umsomehr Reserve hätte auferlegen müssen, um auch nur den Anschein von Parteilichkeit zu vermeiden, und sich hätte hüten sollen, in den Interessenkampf der verschiedenen Klassen persönlich einzugreifen.

Eine Anzahl von Resolutionen behandelten Forderungen, die von den Angestellten der Straßenbahnen aufgestellt wurden und in der Hauptsache einen besseren Schutz derselben gegen Unfälle bezwecken.

Ueberblickt man die Verhandlungen im großen und ganzen, die einzelnen Reden und Vorschläge, so erkennt man, daß es an parlamentarisch erfahrenen Köpfen nicht nur unter den Delegaten, sondern auch in der Leitung fehlt. Der Kongreß vertritt etwa 38,000 organisierte Arbeiter. Diese Zahl ist beschämend gering im Verhältnis zur Arbeiterzahl Kanadas. Die Hauptaufgabe des Kongresses hätte in erster Linie mit sein sollen, für eine bessere Organisation Sorge zu tragen; Arbeiterfragen, die die Gesamtheit der Arbeiter Kanadas berühren, zu behandeln und Forderungen zu formulieren, die vom Parlament bewilligt werden können und der Arbeiterschaft zugute kommen. Eine Gewerkschaftsbewegung ist im Gegensatz zur politischen oder sozialdemokratischen Arbeiterbewegung eine praktische. Eine Gewerkschaftsbewegung verspricht den Arbeitern nicht den Himmel auf Erden in grauer Zukunft, sondern sie will sofort Verbesserungen in der Lage der arbeitenden Klassen erreichen. Auf diesem Wege hat die englische Gewerkschaftsbewegung mit dm größten Erfolge gearbeitet. In keinem Land der Welt giebt es eine so gründliche Fabrikinspektion wie in England, in keinem andern Land werden Uebertretungen der Fabrikgesetze so schnell zur Kenntnis der Behörden gebracht. Auf dem Gebiet der Fabrikinspektion und der sanitären Einrichtungen der industriellen Anlagen läßt Kanada noch so gut wie alles zu wünschen übrig. An anderer wichtiger Arbeitergesetzgebung fehlt es auch noch. Aber über all dies ist nicht diskutiert worden, sondern nur Fragen von entweder lokaler oder, somit geringer Bedeutung sind besprochen worden und nicht eine einzige Maßregel ist empfohlen worden, welche praktisch zur Hebung der Lage der Arbeiterschaft beiträgt.

Seit vorgestern tagt in Ottawa der erste Kongreß der Canadian Federation of Labor. Man kann diese Vereinigung etwa mit den sogenannten reichstreuen Arbeitervereinen Deutschlands vergleichen. Die Federation war durch 60 Delegaten aus allen Teilen Kanadas vertreten; sie umfaßt die Unions, welche gegen Verbindung mit amerikanischen Unions sind.

In den Diskussionen wurde ein freiwilliges Milizsystem und der Bau einer eigenen kanadischen Flotte empfohlen; ein Beschluß wurde gefaßt, die Regierung zu ersuchen, den Lemieux-Act auf alle industriellen Dispute auszudehnen. Ein Komite wurde ferner ernannt, um die Eisenbahnangestellten-Union und die Provincial Workmens Association Quebec's zum Anschluß an die Federation aufzufordern.

Man sieht, die Bemerkungen, die über den ersterwähnten Kongreß gemacht wurden, passen noch besser auf den zweiten.

Wahl ungültig erklärt.

Die Wahl des liberalen Dominion-Abgeordneten für den Wahlkreis Portier, wurde von Sir F. Langelier, Lombiere, Provinz Quebec, Edmond dem Oberrichter der Provinz, für ungültig erklärt, da eine Reihe von Bestechungen durch liberale Agenten nachgewiesen wurden. Portier gab an, daß er keine Kenntnis von diesen Vorgängen gehabt.

Stapellauf eines Superdreadnought.

In Kiel hat unter dem bei solchen Gelegenheiten üblichen Zeremoniell die Taufe und der Stapellauf des auf den dortigen Howaldts-Werken erbauten Linienschiffs, Ersatz „Siegfried", stattgefunden. Als Patin des Schiffes, das den Namen „Helgoland" erhielt, fungierte die Gemahlin des Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, Bruders der Kaiserin. Eine Abordnung der Spitzen der Behörden von Helgoland wohnte dem feierlichen Akt bei.

Große Geburtsziffer Montreals.

Der Jahresbericht des Gesundheitsamtes der Stadt Montreal, der gerade herausgegeben ist, zeigt, daß Montreal die höchste Geburtsziffer irgend einer Stadt der Welt aufweist. Sie beträgt 38.43 per Tausend und ist um 2.38 gegen das Vorjahr gestiegen. Bei der französisch-sprechenden Bevölkerung der Stadt allein war die Geburtsrate 44.04 per Tausend und übertrifft damit noch die hohen Zahlen der ländlichen Bevölkerung Rußlands. Die Geburtsrate unter den Juden der Stadt war 28.28 per Tausend.

Umgekehrt ist die Sterbeziffer Montreals mit 22.95 per Tausend höher als die irgend einer anderen großen Stadt mit Ausnahme von Madrid.

Die Lage in England.

Es scheint jetzt so gut wie sicher zu sein, daß das englische Parlament aufgelöst wird und Neuwahlen angeordnet werden. Was noch unsicher ist, bleibt die Frage, ob die Wahlen im November oder im Januar stattfinden. Die Tarifreformer und ebenso die radikalen Mitglieder der Linken sind für Wahlen im November, während die Gemäßigten für Wahlen im Januar sind.

Für uns in Kanada sind die Wahlen insofern von großer Bedeutung, als durch sie für längere Zeit die Frage, ob Kanada einen Vorzug für seine Waren auf dem englischen Markt erhalten soll, erledigt wird. Der Führer der Opposition, Arthur Balfour, hat sich in einer Rede in Birmingham stets auf den Standpunkt Chamberlains gestellt und ein Sieg der Unionisten würde Einführung der sogenannten Tarifreform bringen, das heißt: Waren aus den Kolonien würden wie bisher zollfrei eingehen, während Waren aus anderen Ländern einem Zoll unterworfen wären. Die vorsichtige Art und Weise, in der Balfour das Zollproblem behandelt, hat ihm viele Anhänger zugeführt. Er hat die Tarifreform als die einzig mögliche Alternative zu den radikalen Budgetvorschlägen Lloyd Georges hingestellt, welche bei den einflußreichen Mittelklassen nicht sehr populär sind. Die großen Anstrengungen, die England zur Zeit zur See macht, erfordern neue Einnahmequellen, und wenn man die Budgetvorschläge nicht will, dann bleiben nur die Finanzzölle übrig.

Die Liberalen wissen sehr genau, daß sie den Sieg auf die Budgetvorschläge hin nicht erringen können. Obwohl dieselben einen fortschrittlichen Geist zeigen und die Steuerlast den Schultern aufbürden, welche sie am leichtesten tragen können, ist die englische Bevölkerung radikalen Neuerungen gegenüber stets äußerst mißtrauisch. Dies ist dem liberalen Kabinet nicht unbekannt und deshalb wird es auch als seinen Hauptstrumpf den Kampf gegen das Haus der Lords ausspielen. Es steht bereits fest, daß das Oberhaus das Budget nicht annehmen wird, voraussichtlich wird dies in der Form geschehen, daß es beschließt, daß so bedeutende Neuerungen erst vom Volk gebilligt werden müßten, ehe es seine Zustimmung zu dem Budget geben könnte. Die Liberalen werden dies als einen Eingriff in die Rechte des Unterhauses auffassen und ein Kampf auf Abschaffung des Oberhauses würde sehr populär sein.

Die Unionisten haben zwar alle möglichen Anstrengungen gemacht, um sich auf die Wahlen vorzubereiten. Unter anderm wurde eine Anstalt errichtet, in welcher 500 Rednerinnen ausgebildet wurden, um für ihre Sache zu wirken. Trotzdem geht die Ansicht eingeweihter Kreise dahin, daß es den Unionisten diesmal noch nicht gelingen wird, den Sieg zu erfechten. Doch bis zur Wahl ist noch einige Zeit hin und bis dahn kann sich manches geändert haben.

Es sind nun außerdem zwei weitere Möglichkeiten in Betracht zu ziehen. Es wäre möglich, daß die Liberalen mit äußerst geschwächter Mehrheit wiedergewählt würden; in diesem Fall wäre der radikale Flügel so geschwächt, daß an Durchbringung der neuen Budgetvorschläge nicht zu denken wäre. Eine andere Möglichkeit wäre der Sieg der Unionisten mit sehr geringer Mehrheit; in diesem Fall könnten sie nicht an die Einführung der Tarifreform denken. Beide Parteien wären also für den Fall, daß sie mit geringen Mehrheiten gewählt würden, außerstande, ihr Programm durchzuführen und dem Lande eine solide finanzielle Basis zu geben. Sie würden gezwungen sein, zunächst sich durch Anleihen zu behelfen, aber dies ist ein Zufluchtsmittel, das nur auf kurze Zeit angewandt werden kann.

Wahl in Strathcona.

Die Ersatzwahl für den Dominionwahlkreis Strathcona ist jetzt ausgeschrieben worden. Die Nomination findet am 20. Oktober und die Wahl am 27. Oktober statt. Wie verlautet, werden sich die Konservativen an dem Wahlkampf nicht beteiligen; voraussichtlich werden sich zwei Liberale in dem Distrikt bekämpfen.